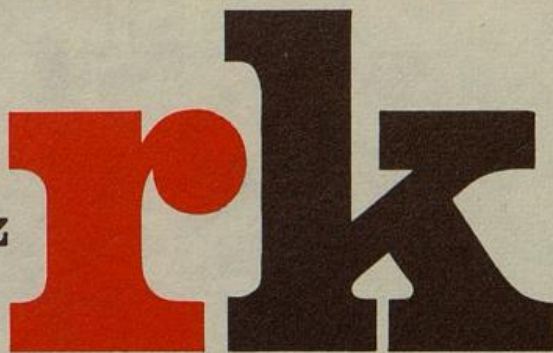


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 30. Oktober 1981

Blatt 2782

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Volksbefragung im Dezember
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

Lokal: 32 Meter hoher Christbaum aus Südtirol
(orange) Fendrich vor 2.000 Fans in der Stadthalle

Nur
Über FS: 30.10. Gratz über Wirtschaftsfragen

Volksbefragung im Dezember

Utl.: Fünf Fragen zum Sozialen Wohnungsbau

=++++

1 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Noch im Dezember wird eine zweite Volksbefragung in Wien stattfinden. Vorgesehen sind dafür die drei Tage vom Mittwoch, dem 9., bis Freitag, dem 11. Dezember. Folgende fünf Fragen sollen dabei an die Wiener Bevölkerung gestellt werden:

- 1) Sind Sie dafür, daß der Wohnbau ohne Gewinnstreben (sozialer Wohnbau) durch Gemeinde und Genossenschaften mit seinen vielfältigen Wohnformen (mehrgeschossige Wohnhäuser in Baulücken im dichtverbauten Gebiet, Wohnungen in sanierten Altbauten, neue Wohnsiedlungen, Reihenhäuser) eine vorrangige Aufgabe der Wiener Kommunalpolitik bleibt?
- 2) Sind Sie dafür, daß die Modernisierung und Wiederbelebung erhaltungswürdiger Wiener Altbauten (durch soziale Wohnbauträger, durch Hauseigentümer und Mieter oder auch durch Gruppen junger Menschen, denen Häuser zur Sanierung übergeben werden) verstärkt wird, wobei die Erträgnisse einer Abgabe für unvermietete Wohnungen (die von den Hauseigentümern zu leisten ist) ausschließlich der Althausanierung zugute kommen sollen?
- 3) Sind Sie dafür, daß die Altstadtsanierung verstärkt mit öffentlichen Mitteln gefördert wird mit dem Hauptziel, das charakteristische Wiener Stadtbild in den älteren Vierteln zu erhalten und dort zugleich modernen Wohnraum zu schaffen?
- 4) Sind Sie für die Errichtung von 885 modernen und erschwinglichen Wohnungen in Wien-Penzing (Steinhof-Gründe), wobei gleichzeitig mehr als 200.000 Quadratmeter Grünfläche, die den Wienerinnen und Wienern bisher nicht zugänglich waren, öffentlicher Grünraum werden sollen?
- 5) Sind Sie dafür, daß zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien zusätzlich zum Wohnungsbau finanzielle Mittel verstärkt eingesetzt werden, um Groß- und Kleinbetriebe zu sichern bzw. anzusiedeln?

(Schluß) red/gg

32 Meter hoher Christbaum aus Südtirol

-++++

2 #Wien, 30. 10. (RK-LOKAL) Der Christbaum für die Stadt Wien, der alljährlich vor dem Wiener Rathaus steht, und traditionsgemäß ein Geschenk eines der österreichischen Bundesländer ist, kommt heuer aus Südtirol. Dieses 32 Meter hohe Weihnachtsgeschenk der Südtiroler an die Bürger der österreichischen Bundeshauptstadt steht gegenwärtig noch im Landesforst "Latemar" im Eggental östlich von Bozen. Am 2. November wird der Baum gefällt werden, und dann nach Wien gebracht, wo er am 21. November von Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO und dem Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Leopold GRATZ illuminiert werden wird. #

Auf einer großen Tafel wird zu lesen sein: "Südtirol widmet diesen Christbaum allen Wienerinnen und Wienern in herzlicher Verbundenheit mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 1982.-Dr. Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol.

Die beschwerliche Reise nach Wien wird die Fichte, die einen Stammdurchmesser von 62 Zentimetern und eine Astbreite von über fünf Metern aufweist, am Dienstag, dem 3. November, antreten; für den Tag zuvor ist die Fällung angesetzt. Der Baum wird auf einen mindestens 36 Meter langen Spezialtransporter verladen werden und durch das enge Eggental über die Brennerautobahn nach Innsbruck und von dort nach Wien gebracht werden.

Die Fahrt bis an den Stadtrand von Wien wird laut Fahrplan drei Tage dauern. Organisiert wird der Transport von der Forstdomänenverwaltung des Landes, und der Christbaum wird auf der langen Reise von Förstern der Landesforstdomänenverwaltung eskortiert werden. (Schluß) red/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), weshalb er in der Frage der ungerechtfertigten Honoraransprüche der Firma Rinter öffentlich den Firmenstandpunkt unterstützt habe, antwortete Bürgermeister GRATZ, daß er nicht den Firmenstandpunkt vertreten habe, sondern eine auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses getroffene Vereinbarung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die Stadt Wien in der Frage des Honorars den seinerzeit von Stadtrat Nittel vertretenen Standpunkt, daß eine volle Bezahlung nur bei voller Leistung erfolge, verlassen habe, antwortete Gratz, daß die Stadt Wien ihren Standpunkt nicht gewechselt habe. Er habe lediglich darauf hingewiesen, daß diese komplizierte Materie in Gesprächen mit dem zuständigen Stadtrat sowie in den zuständigen Organen des Gemeinderates erörtert werden sollte. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien nunmehr die vereinbarten Tagesmüllmengen von 1.000 Tonnen anliefern und bei Nichtverarbeitung der gesamten Menge durch die Firma Rinter die entsprechenden Konsequenzen ziehen werde, antwortete Gratz, daß die im Vertrag zu Gunsten der Stadt Wien enthaltenen Möglichkeiten selbstverständlich voll auszuschöpfen sind.

Persönlich sei er der Meinung, sagte Gratz, daß bei einem so komplizierten Betrieb ein Probetrieb von nur wenigen Wochen nicht ausreichend sei. Grundsätzlich bekenne er sich zu diesem zukunftssträchtigen Projekt, weil es die geringstmögliche Umweltbelastung mit dem größtmöglichen Recycling verbinde. Auch im Ausland herrsche dafür bereits großes Interesse. (Forts.) ger/bs

NNNN

30. Oktober 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2786

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Dr. KRASSER (ÖVP), wieviel Mittel die AKPE von dem für den Neubau des AKH 1981 vorgesehenen Finanzbeitrag (Bund und Stadt Wien insgesamt 2,5 Milliarden Schilling) verbraucht habe, antwortete Stadt MAYR (SPÖ, daß eine exakte Abrechnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, mit welchen Gesamtkosten er derzeit rechne, antwortete Mayr, daß für ihn der vom Gemeinderat gesteckte Kostenrahmen 24,2 Milliarden Schilling so lange maßgebend sei, bis der Vorstand der AKPE mit neuen Berechnungen an die Gesellschaft herantritt. Im Übrigen sei es sinnwidrig, Baukosten und Finanzierungskosten durcheinander zu bringen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviel Mittel die Stadt Wien heuer bereits an die AKPE überwiesen habe, antwortete Mayr, 628 Millionen, die die Hälfte des Gesamtverbrauchs von 1,256 Milliarden. Im 4. Quartal 1981 werden voraussichtlich 637 Millionen verbraucht werden, sodaß der Gesamtverbrauch 1981 in der Größenordnung von 1,9 Milliarden liegen wird. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ), wie die Hotelmodernisierungsaktion in Anspruch genommen wird, erklärte StR. MAYR (SPÖ), daß 1979 neun Fälle mit einer Förderung von einer Million, 1980 acht Fälle mit einer Förderung von 1,8 Millionen gewährt wurden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich die Einbeziehung von Brandschutzmaßnahmen ausgewirkt hat, erklärte Mayr, daß im ersten Halbjahr 1981 63 Anträge mit einer wahrscheinlichen Förderungssumme von 9,2 Millionen gestellt wurden. Bisher wurden 44 Anträge mit einer Förderung von 4,5 Millionen positiv erledigt.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. MICHALICA (SPÖ), was getan wird, um den weiteren Betrieb der Badner Bahn zu sichern, erklärte StR. MAYR (SPÖ), daß die Konzession mit Ende dieses Jahres ausläuft. Bisher wird das Defizit dieser Bahn zu 70 Prozent vom Bund und zu 30 Prozent von Wien getragen, obwohl die überwiegende Verkehrsleistung in Niederösterreich erbracht wird. Niederösterreich leistet lediglich einen dreißigprozentigen Beitrag zu den Investitionen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Haltung der Niederösterreichischen Landesregierung gerechtfertigt ist, erklärte Mayr, daß er die Hoffnung hat, daß sich Niederösterreichs Bekenntnis zur Förderung des Nahverkehrs in der Ostregion auch in finanziellen Beiträgen niederschlägt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was geschehen wird, wenn Niederösterreich keinen Beitrag leistet, erklärte Mayr, "so bedauerlich das ist, dann wird man den Betrieb der Badner Bahn einstellen müssen". (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), nach welchen Gesichtspunkten der Bau von Garagen, Albertina und Jodok-Fink-Platz erfolge, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß der Bau neuer Garagen auf Grund des Parkraumbedarfes für den Wirtschaftsverkehr und die Wohnbevölkerung dringend nötig sei. Auf der Freyung und dem Albertinaplatz sei mit einer sicheren Auslastung der Garagen zu rechnen. Überdies könnten diese Plätze dann fußgängerfreundlich gestaltet werden. Die Garage auf dem Jodok-Fink-Platz würde die prekäre Parkraumsituation im 8. Bezirk verbessern. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann mit dem Baubeginn und der Fertigstellung der Garagen zu rechnen sei, sagte Wurzer, aus wirtschaftlichen Gründen sollten vor allem die Parkgaragen am Albertinaplatz und der Freyung bald fertiggestellt werden. Insgesamt liegen bereits 28 Bewerbungsschreiben für die Errichtung der Garagen vor. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieso man die Standorte ohne Befragung der Bevölkerung und der Bezirksvertreter publiziert habe, sagte Wurzer, es seien bereits zahlreiche Bewerbungen vorgelegen, auf Grund derer man die Standorte bekanntgegeben habe. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), welche Überlegungen zur Planung einer Haltestelle der Vorortelinie an der Krottenbachstraße geführt haben, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), diese Haltestelle entspreche den heutigen Anforderungen. Mit 19.000 Einwohnern und 3.500 Arbeitsplätzen sei das Krottenbachtal ein wichtiger Einzugsbereich. Die Haltestelle bringe auch die Anbindung der Autobuslinie 35 A an die Vorortelinie. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Information der Bevölkerung über die Standorte der Haltestellen an der Vorortelinie sagte Wurzer, im Einvernehmen mit den ÖBB würden Stationsmodelle und Lärmschutzgutachten zur Unterrichtung der Bevölkerung erstellt werden. Die ÖBB trage beim Ausbau der Vorortelinie sowohl dem Denkmalschutz auch als dem Lärmschutz in vorbildlicher Weise Rechnung. (Forts.) gab/ap

NNNN

30. Oktober 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2790

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Gr. MRKVICKA (SPÖ), welche Erfahrungen sich aus dem Ergebnis der ersten Wiener Stadtteilplanung am Heuberg ableiten lassen, sagte Stadtrat Univ.-Prof.Dr. WURZER (SPÖ), daß in Zukunft verkehrsorganisatorische Maßnahmen und die rechtlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen bei Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes stärker berücksichtigt werden müßten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Vorgangsweise bei den Stadtteilplanungen sagte Wurzer, es werden zunächst von den Bezirken bestimmte Wünsche und Vorstellungen eingebracht. Die danach erstellten Pläne werden in einer Ausstellung der Bevölkerung vorgestellt und die daraus folgenden Anregungen von den Planungsstellen wieder überarbeitet. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien weitere Stadtteilplanungen vornehmen wird, sagte Wurzer, die nächsten Vorhaben dieser Art seien für Oberlaa, Unterlaa und dem Augustinerwald geplant. Zwölf weitere Stadtteilplanungen werden im nächsten Jahr erfolgen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), wie viele Tonnen Müll von der Firma Rinter AG täglich verarbeitet werden, antwortete StR. VELETA (SPö), daß zur Zeit täglich etwa 240 Tonnen Müll verarbeitet werden. Die Firma Rinter AG hat seit 1. Juli 1981 den Probetrieb aufgenommen, um ein klagloses Funktionieren der vollautomatischen Anlage zu erreichen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum nicht die vertraglich vereinbarte Menge Müll geliefert wird, sagte Veleta, daß während des Probetriebs die Müllmengen ständig gesteigert werden. Anfang November wird eine zweite Arbeitsschicht eingesetzt und die Tagestonnage weiter vergrößert. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE stellte Veleta fest, daß der Probetrieb bis 31. Dezember 1981 gewerbebehördlich festgelegt sei. Ab diesem Zeitpunkt wird dann der Betrieb in vollem Umfang aufgenommen.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP), wann der Gestank in der Hauptkläranlage-EBS aufhören wird, stellte StR. VELETA (SPö) fest, daß die Geruchsbelästigung bereits durch einige Verbesserungen des Betriebs verringert werden konnte. Eine entscheidende und endgültige Verbesserung ist Mitte 1982 zu erwarten, wenn die von Prof. Bischofsberger und einer schwedischen Firma vorgeschlagenen Maßnahmen realisiert sind. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie man die geruchserregenden Substanzen in der Hauptkläranlage beseitigen wird, sagte StR. Veleta, daß die Verweildauer des Schlammes in der Hauptkläranlage verkürzt werden soll. Für den Fall, daß der Schlamm länger in der Kläranlage verbleibt, wurden Reserven in Form einer Kalkanlage angelegt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum das Sauerstoffdefizit in den Vorklärbecken nicht durch Sauerstoffzufuhr behoben wird, antwortete StR. Veleta, daß die Frage der Sauerstoffzufuhr in Projektierung sei. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ), welche Auswirkungen das vor kurzem ergangene Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes über die Inbetriebnahme der 3. Wiener Wasserleitung hat, antwortete StR. VELETA (SPÖ), daß gegen einen Bescheid über den Probetrieb von der örtlichen Wasserwerksgenossenschaft eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben wurde, weshalb die Pumpversuche eingestellt werden mußten. Es wird ein neuerliches Verfahren notwendig sein. Dies bedauern nicht nur die Wasserwerke, sondern auch die örtlichen Landwirtschaftsbetriebe, weil die Zeit der Versuchsförderung dadurch unterbrochen wird. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Gründe für die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes maßgebend waren, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), der Bescheid sei wegen Rechtswidrigkeit des Verfahrens behoben worden, weil er über Einwendungen der Wasserwerksbesitzer nichts enthielt. Im Erkenntnis sei jedoch darauf hingewiesen worden, daß es sich bei dem Projekt um einen bevorzugten Wasserbau handle. Die Wasserrechtsbehörde werde zu prüfen haben, ob mit einer Gefährdung der Wasserversorgung der Gemeinden zu rechnen sei bzw. ob ein öffentliches Interesse an der geordneten Wasserversorgung der Bundeshauptstadt vorliege. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was vonseiten der Stadt Wien unternommen worden sei, um das Verfahren möglichst zu beschleunigen, antwortete Stadtrat VELETA, daß die Wasserwerke gemeinsam mit den E-Werken die Entschädigungsverhandlungen fortsetzen und bemüht sind, möglichst bald zu einem Übereinkommen zu gelangen. Alle Möglichkeiten werden ausgeschöpft, um die wasserwirtschaftlichen Versuche in der Natur durchführen zu können. Bei allen Maßnahmen werde vor allem die Sparsamkeit berücksichtigt. Die Wasserversorgung Wiens ist derzeit nicht gefährdet, schloß Stadtrat Veleta. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde (Schluß)

=++++

12 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ), wie die Situation bezüglich der Regreßpflicht gegen Angehörige in Wien im Vergleich zu anderen Bundesländern ist, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß Wien seit dem Jahre 1974 die günstigste Regreßregelung von allen Bundesländern besitzt. Eine ähnlich vorteilhafte Regelung besteht in Oberösterreich seit dem vergangenen Jahr. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen zur Vebesserung der Situation in städtischen Spitälern für jene bestehen, für die die Zahlungen von der Krankenkasse eingestellt wurden, antwortete Stacher, daß seit dem vergangenen Jahr in diesen Pflegefällen nur die Kosten von Pflegeheimplätzen verrechnet werden, das sind 250 Schilling pro Tag. Damit sei in Wien eine Lösung gefunden, wie sie in keinem anderen Bundesland besteht. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie groß er den Personenkreis schätze, dem diese Maßnahmen zugute kommen, antwortete Stacher, er schätze, daß diese Regelung jährlich 200 bis 300 Pflinglingen eine echte Hilfe bringen. (Forts.) and/ap

NNNN

Fendrich vor 2.000 Fans in der Stadthalle

Utl.: Bürgermeister Gratz löste Versprechen ein

=++++

10 #Wien, 30.10. (RK-LOKAL) Mehr als 2.000 jugendliche Fans jubelten Donnerstag abend in der Wiener Stadthalle ihrem Rainhard FENDRICH zu. Mit diesem von der Stadt Wien veranstalteten Gratis-Konzert löste Bürgermeister Leopold GRATZ ein Versprechen ein, das er am "Tag der offenen Tür" dem vergeblich auf FENDRICH wartenden Publikum im Festsaal des Rathauses gegeben hatte.#

Moderatorin Vera RUSSWURM konnte zu Beginn des Konzertes Stadtrat Josef VELETA, der in Vertretung des Bürgermeisters erschienen war und 2. Landtagspräsidenten Fritz HAHN begrüßen. Den musikalischen Auftakt gab die talentierte junge Ines REIGER mit ihrer Band. Als FENDRICH die Bühne betrat, stürmten hunderte Jugendliche nach vorne. Rhythmisches Klatschen des Publikums begleitete Fendrichs Show.

Den Sommerhit "Strada del Sole" sang der Star gemeinsam mit seinen begeisterten Fans. Fendrich konnte erst nach mehreren Zugaben die Bühne verlassen und wurde von Dutzenden Autogrammjägern bestürmt. Das Konzert endete mit dem Auftritt der ebenfalls heftig umjubelten Gruppe COSMETICS ("Hello man"). (Schluß) sch/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge - neue Gemeinderätin

=++++

13 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen drei Anfragen der FPÖ und vier Anfragen der ÖVP vor.

Ein Antrag der SPÖ auf Abhaltung von Tarifgesprächen mit anderen Energieversorgungsunternehmungen, Anträge der FPÖ betreffend die Vergabe leerstehender Gemeindewohnungen, betreffend die Anlieferung der anteiligen Jahresmindestmenge Müll an die Firma Rinter und betreffend die Verbesserung von fahrgastgefährdenden Sitzkonstruktionen in städtischen Autobussen sowie Anträge der ÖVP betreffend die Zusammenstellung der Forschungsarbeiten im Bereich der Stadt Wien, betreffend den Turnsaal der Schule in Wien 18, Schulgasse 19, sowie betreffend die Aufstellung von Fahrradständern bei den Endstationen öffentlicher Verkehrsmittel wurden zugewiesen.

Für einen Antrag der ÖVP, betreffend die für 1982 vorgesehene Tarifänderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben, wurde die dringliche Behandlung verlangt. Die Verlesung des Antrages sowie die Begründung der Dringlichkeit werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen.

Anstelle von NRAbg. Ingrid SMEJKAL, die ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat, wurde Gertraud MARCHFELD (SPÖ) als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt. (Forts.) ger/bs

NNNN

30. Oktober 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2796

Wiener Gemeinderat (11)

Ut.: Anfragen und Anträge

=++++

14 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) StR. Dr. GOLLER (ÖVP) meldete sich zur Tagesordnung zu Wort und stellte den ANTRAG, das Geschäftsstück betreffend die Wohnhausanlage Heschweg von der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung abzusetzen. Goller begründete diesen Antrag mit der bevorstehenden Volksbefragung über die Verbauung der Steinhofgründe. Würde der betreffende Antrag heute beschlossen, so könnte bereits morgen mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Bürgermeister GRATZ erklärte, daß er zwar die rechtliche Möglichkeit habe, ein Geschäftsstück von der Tagesordnung abzusetzen, davon aber nur bei Vorliegen stichhaltiger Gründe Gebrauch mache. Der Bürgermeister sei nämlich nicht der Vormund des Gemeinderates. Selbstverständlich wird mit einer Vollziehung eines Gemeinderatsbeschlusses bezüglich der Wohnhausanlage Heschweg so lange zugewartet, bis das Ergebnis der Volksbefragung vorliegt. Daß aber der Gemeinderat die Möglichkeit haben muß, diese Frage zu diskutieren und seinen Willen zu artikulieren, sei selbstverständlich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag auf Absetzung des Geschäftsstückes wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wurzer über Verkehrsplanung

=++++

17 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) In einer Mitteilung an den Gemeinderat über den Stand der generellen Verkehrsplanung in Wien erklärte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß genau nach den Zielen der vor eineinhalb Jahren beschlossenen Verkehrskonzeption für Wien bereits sehr wichtige Planungsarbeiten durchgeführt wurden. So liegen die generellen Planungen für die U-Bahn-Linie U 3 und U 6, für die Straßenbahnlinien "67", "71" und "17", über den Ausbau der Vorortelinie und der Flughafenschnellbahn vor. Im Bereich des Individualverkehrs umfassen diese Planungen die Wiener Außenring-Autobahn, die Donauuferautobahn, den Südgürtel, die Südautobahn und einige weitere wichtige Straßenzüge. Der vorliegende Bericht enthält auch generelle Projekte für Radwege, einige Bezirksverkehrskonzepte, Planungen für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und für die Schaffung von Park-and-Ride-Anlagen.

Bei den Planungen zur U 3 wurde auch eine Verlängerung dieser Linie nach Ottakring untersucht. Die Ergebnisse sind positiv. Eine Verlängerung würde die Frequenz auf der U 3 und auf der Vorortelinie wesentlich erhöhen. Es käme auch zu einer Aufwertung der angrenzenden Gebiete. Bei der U 6 ist nach wie vor die Frage der über das Wiental gehenden Otto-Wagner-Brücke offen. Nach Ansicht des Bundesdenkmalamtes müßte die fast hundert Jahre alte Stahlbrücke für den U-Bahn-Betrieb hergerichtet werden.

Wurzer hob hervor, daß sich die ÖBB bei allen Fragen des öffentlichen Verkehrs äußerst kooperativ verhalten hat. Die ÖBB zeigte sich bereit, stadtbildgerechte Lösungen zu finden. (Forts.7 sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wurzer über Verkehrsplanung

=++++

18 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Bei den Fragen des Individualverkehrs erinnerte Stadtrat Wurzer daran, daß rund 78.000 Fahrzeuge pro Tag über den Gürtel fahren. In anderen Bundesländern hat man bei Straßenzügen mit viel geringerer Frequenz sehr aufwendige Verkehrslösungen getroffen, so zum Beispiel in Bregenz beim Pfändertunnel (tägliche Frequenz 21.906) oder in Graz (tägliche Frequenz 33.666).

Neben den Planungen für den Wiener Außenring und für die Donauufer-Autobahn liegen auch Projekte für eine wesentliche Verbesserung der Umweltsituation im Bereich des südlichen Gürtels vor. An Wohnstraßen gibt es 20 Projekte mit einer positiven Besprechung. Allerdings ist die Umsetzung schwierig, weil die notwendige Bündelung des Verkehrs sicher zu Belastungen in anderen Straßenzügen führt.

Derzeit werden die Vorarbeiten für ein das gesamte Stadtgebiet umfassendes Radwegenetz geleistet. Konkret in Ausarbeitung sind Radwege vom Reumannplatz im 10. Bezirk nach Inzersdorf und dann weiterführend nach Laxenburg und von Nußdorf zur Rotundenbrücke im Prater. Für den 19. Bezirk wird an einem Rad- und Fußwegenetz gearbeitet. Generell sollen die Wohn- mit den Erholungsgebieten verbunden werden und es soll auch Radwege innerhalb der Wohngebiete geben. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

19 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPÖ) beantragte die Errichtung von vier städtischen Wohnhausanlagen: 2, Vorgartenstraße 177, mit 28 Wohnungen und einem Bauvolumen von 27 Millionen S, 10, Puchsbaumgasse/Absberggasse mit 407 Wohnungen und einem Bauvolumen von 357 Millionen S, 14, Heschweg, mit 885 Wohnungen und einem erforderlichen Bauvolumen von 1.061 Millionen S, 15, Grimmigasse 44 - Dadlberggasse 15, mit 21 Wohnungen und einem Gesamterfordernis von 27 Millionen.

Hatzl betonte, daß diese Vorhaben mit insgesamt 1.341 Wohnungen die Fortsetzung des sozialen und kommunalen Wohnbaus in Wien und damit die Fortsetzung jener Tradition aus der Ersten Republik bedeuten, die bisher den Wienern 200.000 lebenswerte Wohnungen gebracht haben. Der Bau der Wohnhausanlage Heschweg, auch Steinhofgründe genannt, werde trotz der kommenden Volksbefragung beantragt, um bei der erwarteten Zustimmung der Bevölkerung sofort mit den nötigen Maßnahmen beginnen zu können. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

20 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die FPÖ werde mit Ausnahme des Projektes Heschweg allen vorgeschlagenen Wohnbauten ihre Zustimmung geben. Denn mit Ausnahme des Heschweges sei überall eine intakte Infrastruktur vorhanden, gebe es das notwendige Straßennetz und würden keine für die Bevölkerung notwendigen Grünflächen verbaut. Die FPÖ gebe also ihre Zustimmung zu Gemeindebauten dort, wo sie sinnvoll seien, jedoch nicht dort, wo sie wegen des Umweltschutzes abzulehnen seien und den Kriterien des Stadtentwicklungsplanes widersprächen. Weiter sagte Pawkowicz, die SPÖ hätte 15 Millionen S ersparen können, wenn sie dem Vorschlag der FPÖ nachgekommen wäre, die Steinhofgründe in die kommende Volksbefragung miteinzubeziehen. Nun würden aus einer weiteren Volksbefragung unnötige Kosten entstehen. Es sei überhaupt die große Eile verwunderlich, mit der man dieses Projekt vor der Volksbefragung, die ja nun komme, in den Gemeinderat bringe. Er und seine Fraktion hielten das für nicht vertretbar. Aus diesem Grund stelle er den Antrag, die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage Heschweg von der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung abzusetzen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Steinhofgründe (1)

=++++

21 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die Durchführung einer weiteren Volksbefragung beantragte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). In der von der SPÖ initiierten Volksbefragung werden nur Alibifragen gestellt, sagte Petrik. Es gehe nicht um die Frage ob man den sozialen Wohnbau abschaffen soll oder nicht, sondern darum, ob der soziale Wohnbau noch tatsächlich sozial und für die Menschen erschwinglich sei. Die neue Volksbefragung soll mit folgenden vier Fragen durchgeführt werden:

1. Sind Sie dafür, daß der Wohnbau ohne Gewinnstreben (sozialer Wohnbau) durch Gemeinde und Genossenschaften mit seinen vielfältigen Wohnformen (mehrgeschoßige Wohnhäuser in Baulücken im dichtverbauten Gebiet, Wohnungen in sanierten Altbauten, neue Wohnsiedlungen, Reihenhäuser) eine vorrangige Aufgabe der Wiener Kommunalpolitik bleibt?

2. Sind Sie dafür, daß die Vergabe von Gemeindewohnungen ausschließlich an sozial berücksichtigungswürdige Personen erfolgt und ein allgemeines öffentliches Einschaurecht zur Kontrolle der Vergabe geschaffen wird?

3. Sollen die Steinhofgründe verbaut werden?

4. Sind Sie dafür, daß zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien zusätzlich zum Wohnungsbau finanzielle Mittel verstärkt eingesetzt werden, um Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe zu sichern bzw. anzusiedeln?

GR. Petrik sprach sich außerdem dagegen aus, vor dem Ergebnis der Volksbefragung über die Steinhofgründe abzustimmen. Zu viele Fragen seien noch offen. Die Baubewilligung für den Heschweg wurde in einer Nacht- und Nebelaktion durchgeführt. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Steinhofgründe (2)

=++++

22 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Niemand könne den Wienern garantieren, ob die tatsächlichen Ausmaße des Baus eingehalten werden, sagte Petrik. Es sind keine amtlichen Höhenlagen festgesetzt. Der Bauplan für die Tiefgaragen enthält keine Belüftungsbestimmungen. Auch ein hydrologisches Gutachten fehlt. 70.000 Wiener haben bereits bei einer Unterschriftenaktion gegen den Bau auf den Steinhofgründen mitgemacht. Auf Grund dieser Aktion und der gesetzlichen Bestimmungen zur Einleitung einer Volksbefragung könnte es passieren, daß es zu einer dritten Volksbefragung kommt. Diesen dreimaligen Abstimmungsgang solle man den Wienern ersparen.

In die Wohnhausanlage auf den Steinhofgründen würden voraussichtlich keine bedürftigen Menschen einziehen, sondern jene, die es sich leisten können, hohe Mietzinse zu bezahlen. Welche Menschen erhalten tatsächlich Wohnungen der Stadt Wien, fragte Petrik. Die Vergabepaxis von Gemeindewohnungen seien sehr schwer durchschaubar. Für den Wohnungssuchenden sei es nicht ersichtlich, wann und wo er trotz entsprechender Vormerkung eine Wohnung erhält. Petrik beantragte daher eine Änderung der Vergabepaxis. Dem Wohnungswerber sollen klare und detaillierete Richtlinien zur Verfügung stehen. Es soll ein Punktesystem für die Zuweisung von Gemeindewohnungen erarbeitet werden. Die Wünsche des Mieters auf eine Altbau bzw. auf eine Neubauwohnung sollen berücksichtigt werden. Eine Vorvergabe, mehr Mietermitsprache und ein jährlicher Bericht an den Gemeinderat über die Wartezeiten der Wohnungswerber seien angebracht. Petrik kritisierte außerdem das Klima im Wohnungsamt. Die Wohnungssuchenden werden als Bittsteller behandelt. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

23 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPö) stellte fest, daß heute über die Errichtung von 1.341 Wohnungen mit Infrastruktureinrichtungen im 2., 10., 14. und 21. Bezirk entschieden werden soll. Die SPö wolle den kommunalen Wohnbau weiter forcieren. Es ist das anerkannte Bemühen der SPö, den Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die dem zeitgemäßen Standard entsprechen. Dieser Grundsatz ist in Wien nicht so leicht zu realisieren, weil hier ein fast unbewältigbares Erbe an schlechten Wohnungen aus der Gründerzeit besteht. In dichtbebauten Gebieten muß deshalb neuer Wohnraum an Stelle alter Häuser geschaffen werden. Daher können auch nicht auf allen Baulücken Grünflächen errichtet werden. Es ist aber auch notwendig, neue Wohnungen auf Erweiterungsgebieten zu bauen. Die SPö betrachtete und betrachtet die Wohnungsversorgung als eine öffentliche Aufgabe, der sie nachkommt, wenn immer dies auf Grund der Mehrheitsverhältnisse möglich ist. Dabei geht es nicht nur um quantitative, sondern auch um qualitative Verbesserungen. Jenen Menschen, die nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, ihre Wohnprobleme individuell zu lösen, sollen zeitadäquate Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dies sei sozialdemokratische Gesinnung. Allein im letzten Jahr habe die ÖVP 5.000 Wohnungen abgelehnt, in den verschiedensten Bezirken, mit verschiedenster Architektur und verschiedenster Struktur. Edlinger wandte sich dagegen, daß die ÖVP die Vergabe der Wohnungen kriminalisiere; die politischen Ziele der SPö liegen dort, wo es darum geht, Wohnungen weiterzubauen. Der ÖVP warf er vor, die Interessen ihrer Wohnbaugesellschaften zu vertreten, die SPö vertrete jedoch die Interessen der Wienerinnen und Wiener. Anders sei es unerklärbar, daß die ÖVP sich gegen 5.000 Wohnungen für 20.000 Menschen ausgesprochen habe. Dies entspreche der gesamten Einwohnerzahl von Schwechat. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

24 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Niemand, der neue Wohnungen errichten muß, kann auf irgendeinen Teil der Stadt verzichten, sagte GR. Edlinger weiter. Unter Bezugnahme auf die Steinhofgründe meinte er, jene, die sich aus eigener Finanzkraft Wohnungen im Westen schaffen konnten, wehren sich gegen die Möglichkeit, daß dort auch für andere Wohnungen errichtet werden sollen. Soziales Grün ist ein unverrückbarer Faktor jedes sozialdemokratischen Programms dieser Stadt. Die teilweise Bebauung des Grundstückes am Heschweg entspricht genau dieser Einstellung. Derzeit ist das Areal nicht zugänglich, während es künftig für alle offen sein soll. Solche Teile der Stadt müssen für alle erreichbar sein und nicht nur für jene, die horrenden Baugrundpreise aus der Tasche nehmen können.

Edlinger brachte einen ANTRAG zur Durchführung einer Volksbefragung ein (siehe gesonderte RK).

Zum gleichartigen Antrag der ÖVP meinte er, die Frage 1 sei sinngleich mit jener der SPÖ, die SPÖ-Frage 5 decke sich mit der ÖVP-Frage 4. Zur Frage über die Steinhofgründe stellte er fest, daß die Menschen ein Recht haben, im Detail informiert zu werden. Man müsse ihnen sagen, daß es dort nicht um die Verbauung von Grünflächen gehe, sondern um 885 Wohnungen. Der Frage 2 über die Vergabe von Gemeindewohnungen stimme er nicht zu, weil eine Verneinung dieser Frage die Berücksichtigung von sozial berücksichtigungswürdigen Fällen verhindern würde.

Die Politik kann alles tun, um beste Bedingungen für den Einzelnen zu schaffen, damit er seine eigenen Vorstellungen am besten verwirklichen kann. Zu den elementarsten gehört eine zeitgemäße Wohnung. Für die überwiegende Mehrheit der Wiener in dieser Situation fühle sich die SPÖ verantwortlich. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

25 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Man sollte keine "No-na-net"-Fragen stellen, sagte Gr. KUCHAR (FPÖ). Die im Antrag von GR. Edlinger formulierten Fragen sind vollkommen unbestritten. Die Ablehnung eines bestimmten Projektes bedeutet keineswegs eine Ablehnung des kommunalen Wohnbaus. Wir sind für den Wohnbau in allen Teilen Wiens, auch im Westen, jedoch gegen eine Verbauung der Steinhofgründe, weil sich alle Fachleute dagegen ausgesprochen haben. Die dort vorgesehenen Wohnungen sollen woanders errichtet werden.

Die SPÖ hat im Zusammenhang mit dem Wohnbau ein schlechtes Gewissen. Die Budgetmittel für den sozialen Wohnbau wurden immer weniger, man verläßt sich ausschließlich auf die Bundeswohnbauförderung. Der soziale Wohnbau in Wien verdient die Bezeichnung "sozial" oft nicht mehr. Viele Menschen, die Anspruch auf eine Wohnbeihilfe haben, können sich die Betriebskosten nicht mehr leisten. Kuchar sprach sich für eine marktgerechte Mietzinsbildung und für die Schaffung einer allgemeinen Wohnbeihilfe aus.

Kuchar kritisierte, daß in dem Antrag der SPÖ in fünf vollkommen unbestrittenen Fragen in einem einzigen Halbsatz die Verbauung der Steinhofgründe eingebaut wird. Diese Fragestellung bedeutet eine Verschleierung.

Es gebe eine Reihe wichtiger Sachfragen, die gestellt werden sollten. Dies wurde von der SPÖ aber abgelehnt. Jetzt, da eine Bürgerinitiative 70.000 Unterschriften gesammelt hat, werden sinnlose Fragen gestellt. Nicht zuletzt in Anbetracht der knappen Budgetmittel sollte nicht eine Volksbefragung nach der anderen stattfinden. Kuchar stellte den ANTRAG, die Frage der Verbauung der Steinhofgründe in die für Mitte November angesetzte Volksbefragung aufzunehmen. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

26 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Man müßte nicht auf den Steinhofgründen bauen, erklärte Gr. HAHN (ÖVP). In den westlichen Bezirken gibt es genug andere Möglichkeiten. Allein im 14., 16. und 17. Bezirk warten Wohnbaugenossenschaften schon seit zwei und mehr Jahren auf die Zuteilung von Wohnbauförderungsmitteln für den Bau von mehr als 2.000 Wohnungen.

Genug Grundstücke gäbe es auch, wenn man sich endlich mit dem Bund über den Kauf verschiedener Kasernengrundstücke einigen könnte. Zum Beispiel würden sich die Radetzkykaserne oder die Trostkaserne gut für eine Wohnbebauung eignen. Auch über die groß angekündigte Verbauung des Nordbahnhofgeländes ist es sehr still geworden. Wenn dort nicht bald etwas passiert müssen sich die Stadträte Wurzer und Veleta den Titel "Märchenerzähler" gefallen lassen.

Man kann daher der ÖVP nicht vorwerfen, daß sie dem Bau von mehreren tausend Gemeindewohnungen nicht zugestimmt hat. Die ÖVP hat ihre Ablehnung in jedem Fall begründet. Es gibt wie er bewiesen hat, genug Möglichkeiten, in Wien zu bauen, schloß Hahn. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

27 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof.Dipl.-Ing. Dr. WURZER (SPÖ) nahm zur Bemerkung von GR. Hahn bezüglich der Nordbahngründe Stellung. Sein "Märchen" sei mit konkreten Fakten zu belegen. Auf Grund der Bereitschaft der Bundesbahnen einen Teil der Nordbahngründe zur Verbauung frei zu geben, habe er einen Wettbewerb ausschreiben lassen. Dieser Wettbewerb - dessen Ergebnisse ja schon feststehen werden dazu beitragen, daß in Koordination mit verschiedenen Bauträgern eine der wichtigsten städtebaulichen Flächen Wiens ihre Gestaltung erhält. Die entsprechenden Planungsgrundlagen werde er im Gemeinderat nach ihrer Fertigstellung vorlegen.

GR. LUDWIG (SPÖ) verwies auf die zahlreichen Aktivitäten der Stadt Wien, um den 21.000 Wohnungssuchenden zu helfen. So wurden 1980 6.680 Gemeindewohnungen zugewiesen. Die Förderung von mehr als 5.000 Wohnungen wurde positiv begutachtet und für mehr als 15.000 Wohnungen wurden die nötigen Mittel zur Wohnungsverbesserung zugesichert. Die Vergabe der Gemeindewohnungen werde von den Beamten stets nach den entsprechenden Weisungen gehandhabt. Wenn die ÖVP immer wieder Gemeindewohnprojekten nicht zustimme, so richte sie sich nicht nach den Bedürfnissen Bevölkerung, sondern nach parteitaktischen Verhaltensweisen und profilieren sich so als "österreichische Verhindererpartei". Wenn man Wohnungen für die Bevölkerung bauen wolle, müsse man eben auch manchmal Kleingartenanlagen verbauen oder wie bei den Steinhofgründen am Stadtrand bauen. Die SPÖ erfülle mit den sozialen und kommunalen Wohnungsbau ihr Arbeitsprogramm, das der Wiener Bevölkerung diene. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

28 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Für die Gründe der von der Wiener SPÖ initiierten Volksbefragung über den sozialen Wohnbau stellte GR. ARTHOLD (ÖVP) folgende Theorie auf:

1. Die SPÖ ist selbst nicht mehr sicher, ob sie den sozialen Wohnbau weiterführen will.

2. Die Wiener SPÖ will wissen, ob sie in der Stadt überhaupt noch die Mehrheit habe.

3. Es wurde eine völlig unsinnige Frage gestellt.

Für eine verantwortungsvolle Stadtverwaltung gilt es, abzuwägen, wo man bauen will und wo Grünflächen erhalten bleiben sollen. Die ÖVP hat beispielsweise gegen den Karl-Wrba-Hof in der Neilreichgasse gestimmt, weil ihr wichtiger erschien, daß auf diesem Grund die Kleingärten erhalten bleiben. Die Stadt Wien hat 1967 die Wienerberggründe gekauft. Seit nunmehr 14 Jahren ist dort nichts geschehen. Statt in der Neilreichgasse hätte man ebenso gut auf den Wienerberggründen bauen können. Auch in der Troststraße, in der Laxenburger Straße und auf den sogenannten Ankerbrotgründen im 10. Bezirk könnten bereits fertige Wohnbauten stehen. Die Volksbefragung an die Wiener wird kein Freibrief dafür sein, alle Grünflächen zu bebauen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

29 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. HAUBENBURGER (ÖVP) erklärte, gegen die Steinhofgründe-Verbauung haben sich der Fachbeirat für Stadtplanung, Mediziner, Architekten und auch die Überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aus dem 14. und 16. Bezirk ausgesprochen. Die ÖVP hat die Baulückenverbauung als Alternative angeboten, in Penzing gebe es bestimmt genug Grundstücke dafür. Dies und die Stadterneuerung müssen Priorität haben.

Er las aus dem Protokoll des Fachbeirates für Stadtplanung vor und zitierte ein ÖVP-Memorandum gegen die Bebauung, das anlässlich der Bauverhandlung übergeben wurde. Schließlich kritisierte er, daß die Infrastruktur-Investitionen so hoch wie die Aufwendungen des Baues selbst sein würden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

30 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Sachkredite für 1.400 Wohnungen sind heute zu genehmigen, sagte GR. Ing. HOFSTETTER (SPö). Die Bautätigkeit der Gemeinde Wien und der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften verlief in den letzten Jahren, was die räumliche Aufteilung betrifft, ganz gleich, nämlich dort, wo sie technisch durchführbar war. Der Vorgang für die Stadterneuerung wird von allen angestrebt, doch kommt man ohne eine Bebauung im Grünen nicht aus. Der Grund für die ablehnende Haltung der öVP zu Wohnbauprojekten liegt in dem Bestreben, zu verhindern, daß der kommunale Wohnbau im derzeitigen Umfang fortgesetzt werden kann. In Penzing wurden in den vergangenen Jahren sehr viele Eigenheime gebaut, ohne daß dagegen protestiert wurde. Nun, wo eine Wohnhausanlage auch für sozial Schwächere errichtet werden soll, ist die Opposition dagegen. Die Steinhofgründe wurden nicht umgewidmet, sondern waren bereits als Bauland gewidmet. Für die SPö gibt es keine parteipolitischen Argumente für diese Wohnhausanlage. Hofstetter zitierte in diesem Zusammenhang einen Brief von öVP-Gr. Hahn, in dem dieser auch politische Gründe für ein Wohnbauprojekt in der Krottenbachstraße geltend gemacht habe.

Durch das Projekt Heschweg werden weder Wälder, noch wertvolles Erholungsgebiet noch der Wald- und Wiesengürtel zerstört. Von einer Gesamtfläche der Steinhofgründe von 970.000 Quadratmeter werden 30.000 Quadratmeter verbaut. Die Kosten von 9.278 Schilling pro Quadratmeter verbaut. Die Kosten von 9.278 Schilling pro Quadratmeter Wohn-Nutzfläche sind angemessen und förderbar. Durch die erhöhte Förderung von 70 Prozent werden die Mietzinse niedriger sein als jetzt. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

32 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die SPö macht an sich richtige Dinge zur falschen Zeit und am falschen Ort, erklärte GR. FÜRST (ÖVP). Die auf den Steinhofgründen geplanten Wohnungen sollten auf jenem Areal gebaut werden, das für die Flötzersteig-Stelzenstraße vorgesehen ist.

Fürst verwies darauf, daß heute rund 70.000 Unterschriften für eine Volksbefragung über die Steinhofgründe eingebracht wurden. Man sollte die weitere Vorgangsweise über diese Volksbefragung noch heute klären. Am besten wäre es, die Frage über die Steinhofgründe als sechste Frage bei der Volksbefragung im Dezember anzuhängen. Zu den von der SPö vorgeschlagenen Fragen meinte Fürst, daß man sich nur wundern muß, wenn nach 50jähriger sozialistischer Regierung in Wien die Frage über die Notwendigkeit des sozialen Wohnbaues gestellt wird.

Zu begrüßen ist, daß ein sozialer Wohnbau ohne Gewinnstreben gefordert wird. Man könnte da gleich bei der Wohnbauvereinigung "Junge Generation" beginnen, die für die Vermittlung von Wohnungen Geld kassiert. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

33 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) wies auf die Bedeutung des Wohnungsbaues für den Arbeitsmarkt hin. Mit der Ablehnung des Baus von 5.000 Wohnungen haben die ÖVP auch die Erhaltung von 6.200 Arbeitsplätzen abgelehnt. Würde es nach der ÖVP gehen, die ja jedes größere Bauwerk in Wien ablehnt, so hätten wir hier eine Arbeitslosigkeit wie in den konservativ regierten Ländern England oder Belgien. Ein Beispiel für die Ablehnungspolitik habe Stadtrat Mauthe erst unlängst in seiner Kurierkolumne geliefert, in der er sich gegen die Fertigstellung des AKH ausgesprochen habe. In der Frage des sozialen Wohnbaus jedoch bediene sich die ÖVP immer verschiedener Vorwände, wie dem des Umweltschutzes, um ihre generelle Ablehnung zu kaschieren. Abschließend betonte Rautner seine tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit des sozialen Wohnbaus. Eben darum werde man die Bevölkerung dazu befragen. Daß das Votum ein klares "Ja" bringen werde, dessen sei er sich sicher. (Forts.)
gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

34 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hat in den letzten fünf Jahren gegen den Bau von 5.000 neuen Wohnungen gestimmt, stellte Wohnbaustadtrat HATZL (SPÖ) fest. Wenn man jedoch die Haltung der ÖVP zum kommunalen Wohnbau auf die Erste Republik überträgt, so würde es nahezu keine der großen kommunalen Wohnhausanlagen geben. Anlagen wie der Hanusch-Hof, der Wildganshof, die Siedlung Wienerfeld-Ost und Wienerfeld-West, der Georg-Washington-Hof, die Siedlung Hansenleiten, die Werkbundsiedlung, die Wohnsiedlung Schmelz, der Karl-Marx-Hof und viele andere wurden auf der grünen Wiese errichtet. Wo würden alle jene Wiener wohnen, wenn es diese zigtausend Wohnungen nicht gäbe. Der Bau der Wohnhausanlage Heschweg ist vergleichbar mit den kürzlich errichteten Wohnhausanlagen in der Ameisbachzeile in der Peter-Jordan-Straße und in der Krottenbachstraße. Auch hier wurden im Westen Wiens auf hochwertigem Bauland moderne Wohnungen - teils gegen den Willen der ÖVP - errichtet. Nicht überall sei die Wiener ÖVP jedoch gegen Grünlandbebauung. So gibt es einige ÖVP-nahe Genossenschaften, die in der grünen Umgebung des Stadtkerns Wohnbauten errichten. Auch hier findet man wieder die gleichen Voraussetzungen wie beim Heschweg vor - allerdings ohne Proteste der Opposition. In der Lorystraße in Simmering mußten etliche Kleingärten weichen, weil auch hier eine Wohnhausanlage einer ÖVP-nahen Genossenschaft errichtet wurde. Der Kern der SPÖ-Wohnungspolitik ist, für alle jene Sozialbedürftigen zu sorgen, die noch keine entsprechende Wohnung haben. Die Wohnhausanlage Heschweg ist kein Prestigeprojekt der Sozialistischen Partei, aber eine Prestigeverpflichtung, Wohnraum für sozialbedürftige Wohnungssuchende zu schaffen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Steinhofgründe

=++++

35 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) In einer Broschüre verlangt die große Opposition den Abbruch von 74.000 Wohnungen und den Neubau von 114.000 Wohnungen. Stadtrat Hatzl stellte dazu fest, daß er einerseits den Kahlschlag nicht zulassen werde, andererseits sei unbegreiflich, warum die ÖVP dann so viele Neubauprojekte behindere.

Zu den einzelnen Debattenbeiträgen stellte Hatzl folgendes fest: Ein Inkassobüro der sozialistischen Partei für Wohnungsvergabe gibt es selbstverständlich nicht. Bei der Vergabe von Wohnungen wird darauf Rücksicht genommen, daß die Menschen in ihrer ursprünglichen Wohnumgebung verbleiben. Dem öffentlichen Einschaurecht könne man aus Gründen des Datenschutzes nicht zustimmen. Der Wohnungsfall einer Frau mit zwei Kindern im 11. Bezirk sei ein falsches Beispiel, weil diese Frau Miteigentümerin eines Wohnhauses ist. Die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe und Marktkonformer Mieten wäre nur ein Gewinn für die Hausherren.

Zur Wohnhausanlage Heschweg betonte Hatzl, da nur 15 Prozent der Baufläche bebaut wird und ein großes bisher geschlossenes Grünareal für die Bevölkerung geöffnet wird. Die Steinhofgründe sind seit Jahrzehnten als Bauland gewidmet. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Steinhofgründe (Schluß)

=++++

36 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) ABSTIMMUNG: Errichtung des städtischen Wohnhauses im 2. Bezirk Vorgartenstraße 177: einstimmig angenommen.

Errichtung der städtischen Wohnhausanlage im 10. Bezirk Puchsbaumgasse-Absberggasse: einstimmig angenommen.

Errichtung der städtischen Wohnhausanlage 14, Heschweg: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Ein Gegenantrag der FPÖ dazu auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Ein ÖVP-Antrag betreffend die Objektivierung der Vergabe von Gemeindewohnungen wurde zugewiesen. Ein ÖVP-Antrag zur Durchführung einer Volksbefragung in Wien wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Ein FPÖ-Antrag zur Durchführung einer Volksbefragung über die Steinhofgründe wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ein SPÖ-Antrag zur Durchführung einer Volksbefragung in Wien wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 15. Bezirk, Grimmgasse 44-Dadlergasse 15 wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Subvention

=++++

37 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) beantragte eine Subvention von 400.000 Schilling für die Vereinigung für internationalen Kulturaustausch (AICE). Dieser Betrag soll zur Deckung voraussichtlicher Steuerverbindlichkeiten verwendet werden.

GR. PROCHASKA (ÖVP) setzte sich mit der Gesellschaft und ihrem früheren Geschäftsführer Rudolf Oberhofer auseinander, in dessen Tätigkeit es zu zahlreichen Unzukömmlichkeiten gekommen sei. Die beantragte Summe solle für die Nachwehen aus der "Ära Oberhofer" verwendet werden. Damit werde jedoch noch kein Schlußpunkt in dieser Angelegenheit gesetzt. Es sei möglich, daß weitere Steuerverbindlichkeiten noch ausstehen.

StR. Dr. ZILK (SPÖ) stellte fest, daß er die Vorlage des Rechnungsabschlusses für die Jahre 1978 und 1979 veranlaßt habe. Es sei richtig, daß es zu Unzukömmlichkeiten gekommen ist. Nie sei der Versuch gemacht worden, etwas zu verwischen. Er habe sich der Kritik angeschlossen und habe veranlaßt, daß Oberhofer sein Amt zum frühestmöglichen Zeitpunkt zurücklegt. Der Abgang des Vereins wird im Verhältnis 2 : 1 vom Bund gedeckt. Seit 1. Jänner 1981 ist Direktor Stock neuer Geschäftsführer des Vereins; die Veranstaltung, die im heurigen Jahr mit 54 Gruppen aus 15 Ländern und 2.500 jungen Menschen zustande kam, lief ohne Probleme ab. "Wir haben einen Schlußstrich zu ziehen; wir haben im heurigen Jahr bewiesen, daß die Veranstaltung in Ordnung durchgeführt wurde", sagte Zilk. In die causa Oberhofer wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, das Untersuchungsergebnis wird in einigen Tagen vorliegen.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)

and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Psychiatrische Krankenhäuser

=++++

38 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) legte den Bericht des Rechnungshofes über die psychiatrischen Krankenhäuser Baumgartner Höhe und Ybbs 1975 bis 1977 vor.

Der Bericht liefert eine Fülle wertvoller Anregungen, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Er hat allerdings einen Nachteil, daß er nämlich erst mehr als drei Jahre nach der Einschau dem Gemeinderat vorliegt. Manches, leider keineswegs alles, ist überholt.

Der Rechnungshof empfiehlt, die Hausordnung der Patienten zumindest auf jenen Standard anzuheben, den auf Grund der Rechtsordnung geistig abnorme Rechtsbrecher genießen. Manche Patienten haben nicht einmal ein Nachtkästchen zur Unterbringung ihrer wenigen Habseligkeiten. Die Grünflächen können von den Patienten nur unzureichend genützt werden. Auch die ärztliche Diensterteilung wird vom Rechnungshof kritisiert. Beim Zielplan kritisierte der Rechnungshof das Fehlen eines Zeit-Kosten-Planes. Hirnschall regte an, zumindest die Wunschvorstellungen des Anstaltenamtes dem Gemeinderat zu unterbreiten.

GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) würdigte die Kompetenz des Rechnungshofberichtes. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Mängeln schon behoben, andere blieben bestehen. Der Krankenhausbetrieb wird mit Hilfe von Patienten, die als Hausarbeiter eingesetzt werden, aufrecht erhalten. Kranke Menschen werden so als Billigstarbeitskräfte eingesetzt, kritisiert der Rechnungshof. Die Einschaltung der Odelga als Zwischenhändler verteuerte den Ankauf von Betten. Im Rechnungshofbericht sind zahlreiche Beispiele für menschenunwürdige, medizinisch fragwürdige und betriebswirtschaftlich schlechte Zustände angeführt. Der Zielplan ist kaum mehr als eine Absichtserklärung und sollte durch konkrete Zeit-Kosten-Pläne ergänzt werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Psychiatrische Krankenhäuser

=++++

39 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) erklärte, daß die Psychiatriereform in Wien große Fortschritte macht. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe nahm das Personal in den letzten Jahren um rund 350 Personen zu, die Zahl der Patienten ist seit 1974 um fast tausend gesunken. Es gibt bereits ein über Wien verstreutes Netz von psychosozialen Stationen. Der Tendenz zur gemeindenahen Psychiatrie entsprechen auch die Einrichtungen für die Übergangspflege. In den nächsten Tagen wird der Grundstein für die erste Rehabilitationsstätte für psychisch Kranke gelegt.

GR. DINHOF (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, daß der Rechnungshof die seit dem Prüfungszeitraum erfolgten Veränderungen in seinem Bericht berücksichtigt. Der Rechnungshofbericht ist äußerst sachlich abgefaßt.

ABSTIMMUNG: Der Bericht des Rechnungshofes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Flächenwidmungspläne

=++++

40 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Änderung des Flächenwidmungsplanes für die sogenannte Tamariskengründe im 22. Bezirk. Das Gebiet soll für Wohnbebauung und die Bauten sollen von diplomatischen Vertretungen genutzt werden. GR. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß die Stadt Wien mit dieser Entscheidung die Spekulation der gemeindeeigenen Firma Fertigteil-GesmbH. unterstütze, die sich in diesem Gebiet trotz vorhandener Grünwidmung finanziell engagiert hat.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Flächenwidmungspläne

=++++

41 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für die "Drasche-Gründe" im 23. Bezirk. Das Gebiet soll Wohnzwecken und der Ansiedlung von Betrieben dienen. GR. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß eine Anregung der Arbeiterkammer, grüne Pufferzonen zwischen die Wohn- und Betriebsbaugebiete zu legen, im Flächenwidmungsplan nicht genügend befolgt worden sei. GR. MAYR (ÖVP) sagte, mit dem jetzigen Flächenwidmungsplan, der Betriebsbaugebiete längs den Autobahntrassen und die Widmung für verdichteten Flachbau in den Wohnbaugebieten ausweise, komme man alten ÖVP-Vorschlägen nach. Er freue sich, daß diesen Planungsgrundlagen gegenüber dem ursprünglich projektierten Satellitenstädten der Vorzug gegeben worden sei.

GR. HABERL (SPÖ) betonte, daß mit der nunmehrigen großzügigen Planung der Grundstein für eine wichtige städtebauliche Entwicklung gelegt worden sei. Es werde in diesem Gebiet Wohnraum für 2.000 Menschen geschaffen, die Möglichkeit der Ansiedlung für Betriebe und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze gegeben und die Basis für wichtige infrastrukturelle Einrichtungen geschaffen. Mit den projektierten Verkehrsflächen und der Verlängerung der Straßenbahnlinie "67" werde dieses Gebiet verkehrsmäßig gut erschlossen sein.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Verkehrsplanung

=++++

42 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) begründete die Besprechung über den Stand der Verkehrsplanung. Im April 1980 wurde die Verkehrskonzeption vom Gemeinderat beschlossen. Über die fortlaufenden Änderungen der Planung sollte der Gemeinderat in angemessenen Abständen informiert werden. Der letzte Stand der Verkehrsplanung liegt nun vor.

ABSTIMMUNG: Die Durchführung der Besprechung wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte eine Unteruschung über die Trassenvariante der S-Bahn-Vorortelinie zur Diskussion. Pawkowicz kritisierte, daß geeignete Anknüpfungen zur Vorortelinie fehlen. Eine Verknüpfung mit der U 3 wird noch sehr lange dauern. Nach Vorschlag des FPÖ-Gemeinderates soll die U 3 bis zum Westbahnhof geführt werden. Die Vorortelinie wird bis zum Bahnhof Penzing verlängert, dort abgesenkt, unter dem Wienfluß nach Hietzing geführt und bis Meidling verlängert. Hier wird der S-Bahn-Ring geschlossen. Die vorgeschlagene Trasse könnte auch mit der U 4 in Unter-St.-Veit verknüpft werden. Mit diesem Ausbau der Vorortelinie könnte man sich den Bau der U 3 ersparen. Ein weiterer Vorschlag ist eine direkte Anbindung vom Südbahnhof zum Südtiroler Platz und die Errichtung einer Tiefgarage in diesem Bereich. Pawkowicz kritisierte, daß es keine Überlegungen zum weiteren Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße gibt. Die Alternative zum Flötzersteig-Ausbau sei eine Verbesserung der vorhandenen Westausfahrt durch eine teilweise Absenkung der Straßentrasse. Große Straßenbauprojekte werden in Zukunft nur noch in Tieflage errichtet werden können. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Verkehrsplanung

=++++

43 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) sagte, seine Fraktion halte die Linie U 3 für notwendig. Sie stimme auch der Vorziehung des Baues im 1. Bezirk zu, wenn diese Strecke kein Torso bleibt, die Ringlinien nicht eingestellt werden und das Sekundärnetz im 3. Bezirk neu überdacht werde. Die ÖVP sei auch einverstanden mit der Einbindung der U 6 in die Gürtelstrecke. Er verlange jedoch energisch, daß die Linie "64" möglichst rasch in die U 6 eingebunden werde. Wenn nach Betriebsaufnahme der U 6 die Straßenbahnlinie "8" auf dem Gürtel aufgelassen würde, bedeutete dies einen schweren Komfortverlust. Bei den Beschleunigungsmaßnahmen für die Straßenbahn komme es - wie jetzt in der Jörgerstraße - zu einem Substanzverlust auf der benachteiligten Seite, wenn die Straßenbahn in Seitenlage geführt werde. Die gewonnene Zeit für die Straßenbahn gehe bei den Haltestellen und Ampeln verloren. Zur Station Krottenbachstraße der Vorortelinie soll eine Lösung mit dem Bezirk gesucht werden. Als Bundesstraßen, auf deren Ausbau verzichtet werden soll, nannte Dr. Mayr, die A 5, die A 20 - Gürtelautobahn, die A 21 durch die Lobau, die A 24, die B 222 und die B 223. Er verlangte, auch für den ruhenden Verkehr sollten Bundesstraßenmittel in Anspruch genommen werden. Weiters verlangte er, Radwege sollten in einer ersten Ausbauphase für den Freizeit- und Ausflugsverkehr geschaffen werden, ferner innerhalb geschlossener Siedlungsgebiete zu Schulen und anderen Infrastruktureinrichtungen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Verkehrsplanung

=++++

44 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) "Der vorliegende Bericht ist eine überzeugende Bestätigung dafür, wie notwendig es war, die Verkehrskonzeption zu beschließen, sagte GR. ROSENBERGER (SPÖ). In den eineinhalb Jahren seit dem Beschluß der Verkehrskonzeption wurde hervorragende Arbeit geleistet. Rosenberger würdigte die Unterstützung des Bundes für Verkehrsprojekte der Stadt.

In drei Punkten sei eine Abänderung der Verkehrskonzeption notwendig: sie betreffen den geänderten Bau der U 3 sowie die Änderung der Trasse der B 8. Alle sonstigen Planungen bleiben im Rahmen der Verkehrskonzeption. Er unterstrich die Bedeutung von U 3 und U 6 und wies auf den geplanten Ausbau der Straßenbahnlinien 67, 71 (bis Kaiser-Ebersdorf) und 17 (derzeit 26, bis Aspern) hin, die in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Hinsichtlich der Straßenbahnlinie 8 meinte er, man solle die Verkehrsgewohnheiten nach Inbetriebnahme des U-Bahn-Grundnetzes, der zweiten U-Bahn-Ausbauphase und der Fertigstellung der Vorortelinie abwarten. Hinsichtlich der von GR. Dr. Pawkowicz vorgeschlagenen Tieflegungen verwies Rosenberger auf die damit verbundenen hohen Kosten.

Für den Magistrat, aber auch für die politisch Verantwortlichen sei die Verkehrskonzeption Auftrag und Kompaß, nach dem sie sich zu orientieren haben, sagte Rosenberger abschließend. (Forts) and/and

NNNN

30. Oktober 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2823

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Verkehrsplanung

=++++

45 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) brachte drei Beschluß- und Resolutionsanträge ein: Der erste ANTRAG betrifft eine Übernahme des Straßenverbindungsstückes zwischen der B 302 (Donaukanalbegleitstraße) und der B 221 (Gürtelbundesstraße) in das bestehende Bundesstraßennetz. Der zweite ANTRAG sieht eine Verlegung der Bundesstraße B 8 im Abschnitt Tempelstraße - Praterstraße auf den Straßenzug Franzensbrückenstraße - Franzensbrücke vor. Der dritte ANTRAG betrifft die Einführung einer neuen Bundesstraßenkategorie, der "Bundesstraße St (Bundesstadtstraße)", im Rahmen der Novellierung des Bundesstraßengesetzes. Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie soll beauftragt werden, mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik Gespräche zur Verwirklichung dieser Anträge aufzunehmen.

In einer zweiten Wortmeldung begrüßte es GR. Dr. MAYR (ÖV), daß in Zukunft bei jeder neuen U-Bahn-Station ein Lift errichtet werden soll. Er wies darauf hin, daß für die Station Krottenbachstraße der Vorortelinie ein Lärmschutzgutachten vorgesehen sei.

In der ABSTIMMUNG wurden alle drei von GR. Ing. Riedler eingebrachten Anträge einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl: Dringlicher Antrag "Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

46 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP stellte den dringlichen ANTRAG, bei der kommenden Tarifreform der Wiener Verkehrsbetriebe die 5-Tage-Wochenkarte beizubehalten. Diese sollte um rund 6 Prozent verbilligt werden und 63 Schilling kosten. Weiter sollte eine verbilligte Monatsnetzkarte für Senioren eingeführt werden.

In der Begründung des dringlichen Antrages erklärte GR. Dkfm. AMANN (ÖVP), eine Diskussion über die Tarifreform im Tarifausschuß und in den zuständigen Gremien sei vor einem halben Jahr zugesagt worden. Bisher wurden jedoch nur die Medien informiert.

Als Kontrarednerin erklärte GR. Maria KUHN (SPÖ), daß bereits in einer Woche am 6. November im zuständigen Gemeinderatsausschuß über die Tarifreform diskutiert werden könnte.

ABSTIMMUNG: Die dringliche Behandlung wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie zugewiesen.

Damit beendete der Wiener Gemeinderat nach mehr als elfstündiger Dauer um 20.15 Uhr seine Sitzung. (Schluß) sei/bs

NNNN

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

15 Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters am kommenden Dienstag, dem 3. November, um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes wird Stadtrat Johann HATZL über ein neues Modell der Mietermitbestimmung und andere aktuelle Fragen seines Ressorts informieren. (Schluß) sti/ap

NNNN